

1917-1991: Bewährungsproben im Kampf um ein sozialistisches Russland

Im Herbst 1917 ging der Weltkrieg in sein viertes Jahr. In allen kriegführenden Ländern sehnte sich die leidtragende Bevölkerung den Frieden herbei – und wusste, dass die Regierenden, auf welcher Seite der Auseinandersetzung sie auch standen, dazu nicht bereit waren. Die Alternative konnte nur von den sozialistischen Parteien kommen. „Und es sah so aus“, schreibt Eric Hobsbawm in seiner „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, „als bräuchten die Völker nur ein Signal um sich zu erheben und den Kapitalismus durch Sozialismus zu ersetzen um damit die sinnlosen Leiden des Krieges in etwas Sinnvolles zu verwandeln“ (Hobsbawm 1999, 79). Doch von wo aus sollte dieses Signal gesendet werden? Wo waren die gesellschaftlichen, die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen dafür am weitesten fortgeschritten? Zweifellos nicht im vorwiegend agrarischen Russland, in dem eine zahlenmäßig starke Arbeiterklasse nur in der Hauptstadt Petrograd, in Moskau und im Donbass existierte. Es war aber dieses Land, in dem die Bevölkerung mehr als in anderen kriegführenden Staaten Europas litt und sich auflehnte. Die nach der Februarrevolution 1917 gebildete bürgerliche Regierung erwies sich nicht bereit bzw. in der Lage die Forderung der Bevölkerung Russlands nach „Frieden, Brot und Land“ zu verwirklichen. Bereit die Forderungen der Bevölkerungsmehrheit zu den ihren zu machen waren allein die Bolschewiki. In freien Parlamentswahlen erreichte die Partei Lenins in Petrograd und Moskau die Mehrheit (Gräfe 2011, 37). Auf sie richteten sich zunehmend die Erwartungen der Bevölkerung. Die günstige politische Lage veranlasste Lenin die Macht zu übernehmen und die sozialistische Revolution zu proklamieren, ungeachtet unzureichender wirtschaftlicher und sozialer Voraussetzungen die Russland für eine Transformation in die neue Gesellschaftsordnung bot. Dem Führer der Bolschewiki gelang es seine zögernden Mitkämpfer bis zum September 1917 davon zu überzeugen, dass ihnen die Chance einer Machtübernahme rasch wieder entgleiten würde, wenn sie nicht handelten. Die Bolschewiki handelten am 7. November¹. Nach dem Sturm auf das Winterpalais, den Sitz der Provisorischen Regierung, übernahmen die Bolschewiki die Macht in Petrograd, in Moskau und im ganzen Land. Sie verkündeten ihre Bereitschaft zur Beendigung des Krieges und zur sozialistischen Revolution weltweit – in der Auffassung, dass die Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern diesen Ruf aufgreifen und die antikapitalistischen Kräfte dort sich an der Weltrevolution beteiligen und deren Führung übernehmen würden (vgl. Bock 2011, 23ff.).

Doch das war nicht der Fall. Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland wurde nicht – wie von Lenin erhofft – zum Beginn der „proletarischen Revolution“ in Mittel- und Westeuropa. Dort wo die Revolutionäre Räterepubliken

¹ 25. Oktober nach der damals in Russland geltenden Zeitrechnung.

nach dem Vorbild der bolschewistischen Revolution errichteten, wie in Bayern und Ungarn, wurden die Versuche bald gewaltsam unterdrückt. Damit war die ursprüngliche Rechtfertigung der Entscheidung, eine sozialistische Macht in Russland zu errichten in Frage gestellt. Am 24. Januar 1918 verkündete Lenin, nachdem er seine Auffassung in der Führung der Bolschewiki durchgesetzt hatte: Jetzt existiere die „sozialistische Republik“, deren Staatsform die „Diktatur des Proletariats“ sei. Geführt von der kommunistischen Partei habe die „Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“ begonnen (Bock 2011, 32).

Bewertungen der Oktoberrevolution in der linken Geschichtsschreibung

In der Geschichtsschreibung gehen die Meinungen über die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution weit auseinander. Vor 1990 war die Darstellung der Ereignisse vom Oktober 1917, in der sowjetischen wie der ihr nahestehenden DDR-Geschichtswissenschaft stets als „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ bezeichnet, gewiss überhöht. Heute betrachtet die Linke dieses Ereignis mit Distanz (Hedeler 2017, 95). Die Mehrzahl der linken deutschen Historiker hat sich auf die These geeinigt, dass die Ursachen für den Untergang des sozialistischen Systems bereits in seinem Anfang erkennbar waren, genauer gesagt: an der undemokratischen Art und Weise wie nach 1917 Sowjetrußland entstand (vgl. z.B. Bock 2011, 33ff.; Gräfe 2011, 35f.; Benser 2017, 163ff.). Denjenigen, die die Oktoberrevolution vorbereiteten, schreibt der Marburger Politikprofessor Frank Deppe, sich auf Lenin beziehend, schwebte eine Räteverfassung vor, die Errichtung einer direkten Demokratie. „Der Verlauf der Oktoberrevolution widersprach diesen Vorstellungen radikal, denn schließlich wurde mit der ‚Diktatur des Proletariats‘ ein Einparteiensystem durchgesetzt, das mit dem Staatsapparat verschmolzen und den Räten übergeordnet war“ (Deppe 2017, 25). Die mit dem Einparteiensystem möglich gewordene Unterdrückung von alternativen Handlungen und Entwicklungspfaden (vgl. Bock 2011, 5ff.) habe schließlich „eine Erstarrung erzeugt, die zusammen mit den ökonomischen Missständen des Systems zunehmend die Legitimation des Regimes im Volke untergrub“ (Deppe 2017, 28). Die Einparteienherrschaft habe dazu geführt, dass die „Bewährungsproben“, denen der sozialistische Aufbau durch Einwirkung äußerer und innerer Faktoren wiederholt ausgesetzt war, zu „Bewährungskrisen“ führten, in denen letztendlich die mit der Oktoberrevolution in Gang gesetzte Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Herrschaftssystem scheiterte (Deppe 2017, 29).

Im folgenden soll aus wirtschaftshistorischer Sicht anhand der wichtigsten dieser Bewährungsproben konkret-historisch untersucht werden, inwieweit dieser Auffassung, die ihre Plausibilität für viele aus dem Untergang der Sowjetunion 1991 bezieht, zugestimmt werden kann.

Bewährungsprobe „Kriegskommunismus“ im Bürgerkrieg

1918 erhoben sich verschiedene konterrevolutionäre Armeegruppen und regionale bürgerliche Regime gegen die Herrschaft der Sowjets – von den früheren

Alliierten Russlands finanziert. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und einige Staaten Osteuropas entsandten auch eigene Truppenkontingente gegen Sowjetrussland, das zeitweise auf ein Rumpfggebiet in Nord- und Mittelrussland einschließlich der Metropolen Petrograd und Moskau schrumpfte. Die Antwort der Bolschewiki war auf militärischem Gebiet die Schaffung der Roten Armee, „fraglos eine militärische Meisterleistung“ (Hildermeier 2017, 13), gegen die „weißen“ Eindringlinge und auf ökonomischen Gebiet die Einführung eines strengen kriegswirtschaftlichen Regimes, dessen Strukturen Lenin noch im Schweizer Exil anhand der deutschen Kriegswirtschaft studiert hatte. Die Einführung des „Kriegskommunismus“ bedeutete die befehlswirtschaftliche Regulierung der auf Kriegserfordernisse ausgerichteten Industrie und die Einführung der Ablieferungspflicht für landwirtschaftliche Produkte bedeutete die fast vollständige Ausschaltung der Regulierung von Produktion und Austausch über den Markt (Geschichte UdSSR II 1979, 138f). Mit der Kriegswirtschaft wurde die Verteidigungsfähigkeit gewährleistet und eine Hungerkatastrophe verhindert. 1920 waren die „Weißen“ und die Interventionen besiegt. Die Arbeiter und die Bauern, denen die Bolschewiki das Land übereignet hatten, blieben während der Kämpfe den Bolschewiki überwiegend gewogen oder hielten sie doch wenigstens für das geringere Übel. Die sozialistische Revolution hatte ihre erste Bewährungsprobe bestanden, doch eine zweite stand ihr unmittelbar bevor.

Bewährungsprobe „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP)

Die Bauern waren nach dem militärischen Sieg der Bolschewiki nicht mehr bereit, die Ablieferungspflicht auch in „Friedenszeiten“ zu dulden. Sie lehnten eine von den Radikalen unter den Bolschewiki – vor allem von Leo Trotzki – geforderte Fortsetzung des auf Negierung des Privateigentums basierenden „Aufbaus des Sozialismus“ entschieden ab. 1921 machte Sowjetrussland eine schwere politische Krise durch. Die Bauern bestanden darauf, über ihre überschüssigen Produkte frei zu verfügen, um diese gegen Industriewaren eintauschen zu können. Ihre Unzufriedenheit äußerte sich z. T. in regionalen Aufständen gegen die Sowjetmacht. Es galt, ein akzeptables Verhältnis zwischen verstaatlichter „sozialistischer“ Industrie und (groß-)bäuerlicher Warenwirtschaft herzustellen. Lenin gelang es wiederum seine Vorstellungen zur Sicherung der Weiterexistenz des sozialistischen Staates durchzusetzen. Der 10. Parteitag der Bolschewiki fasste im März 1921 den Beschluss über die Ablösung der Ablieferungspflicht durch eine Naturalsteuer. Damit wurde die „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) eingeleitet. Um die Weiterexistenz des neuen Staates zu sichern, erhielten die Bauern die Möglichkeit für ihren eigenen Vorteil zu arbeiten und die Städte unter Marktbedingungen zu versorgen. Die städtische Kleinindustrie wurde auf gleiche Weise wiederbelebt, Kommissionshandel, gemischte Aktiengesellschaften und bürgerliche Genossenschaften zugelassen (Geschichte UdSSR II 1979, 138f., 142f.). Die Großindustrie allerdings blieb in der Hand des Staates, der zuvor ausgearbeitete Staatsplan zur Elektrifizierung des Landes (GOELRO) wurde ebenso wie die Bildung einer Staatlichen Plankommission (GOSPLAN) im Verlaufe des Jah-

res 1921 bestätigt (Fülberth 2010, 51). Lenin bezeichnete das Wirtschaftslenkungssystem, das den Kriegskommunismus ablöste, als Staatskapitalismus. Heute würde man von einer „Mixed Economy“ sprechen.

Für viele Wirtschaftsbereiche bedeutete die NÖP eine Wende um 180 Grad – weg vom staatlichen hin zum Privateigentum, weg von der Regulierung der gesamten Wirtschaft über den Staat hin zur Wiederzulassung der Regulierung über den Markt. Die Bauern und gewerblichen kleinen Warenproduzenten akzeptierten die neuen Regelungen. Die Gefahr, dass Sowjetrußland an inneren Auseinandersetzungen zugrunde gehen würde, war beseitigt. Die sozialistische Revolution hatte ihre zweite Bewährungsprobe bestanden. Doch am Ende des Jahrzehnts stand die 1922 aus Rußland hervorgegangene Sowjetunion vor der nächsten.

Bewährungsproben „sozialistische Industrialisierung“ und Abwehr der Aggression Hitlerdeutschlands

Nachdem die sowjetischen Kommunisten akzeptiert hatten, dass das von ihnen regierte Land auf längere Sicht der einzige Staat bleiben würde, im dem die sozialistische Revolution gesiegt hatte, war es für sie eine logische Schlussfolgerung, dieses Land so schnell wie möglich aus dem – durch Kriegs- und Bürgerkriegsjahre weiter vergrößerten – wirtschaftlichen Rückstand herauszuholen (Hobsbawm 1999, 470). Die neue Gesellschaft aufbauen, hieß auch eine moderne Industrielandschaft aufbauen.

Die Industrialisierung Rußlands hatte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begonnen. Aber sie verlief langsam – auch wegen des Widerstands, den die bäuerlichen Strukturen leisteten. Deshalb wurde es für das zaristische Rußland unmöglich, wirtschaftlich und damit auch militärisch gegenüber Deutschland, seinem wichtigsten potenziellen Feind im europäischen Staatensystem, aufzuholen (Deppe 2017, 13). 1913 erzeugte das Zarenreich mit einem Anteil von 9,4 Prozent an der Weltbevölkerung lediglich 3,6 Prozent der Weltindustrielleistungen (Hobsbawm 1999, 481).

Auch in den 20er Jahren, nachdem sich ihre Interventionstruppen aus Rußland längst zurückgezogen hatten, zeigten die europäischen und außereuropäischen Großmächte wenig Neigung, die Existenz der Sowjetunion als gleichberechtigte Macht endgültig anzuerkennen. Die Kommunisten der Sowjetunion zogen daraus die Schlussfolgerung, dass schon allein, um die sozialistische Revolution zu schützen, die Industrialisierung des Landes beschleunigt werden müsse. Seit Mitte der 20er Jahre wurde innerhalb der Parteiführung der KPdSU über die Forcierung der Industrialisierung, um ihr Ausmaß und Tempo, gestritten. Der nach Lenins Tod Anfang 1924 mächtigste Mann innerhalb der KPdSU, Stalin, schlug sich in dieser Diskussion auf die Seite der Befürworter einer raschen Industrialisierung. 1926 wurden Plankennziffern für die volkswirtschaftliche Entwicklung erarbeitet, 1929 trat der erste Fünfjahrplan in Kraft. Im gleichen Jahr begann mit der Kollektivierung der Landwirtschaft die Beseitigung des Einflusses der zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppe

unter den Gegnern einer raschen Industrialisierung, endete die NÖP (Geschichte UdSSR II 1979, 206). Die „sozialistische Industrialisierung“ der Sowjetunion wurde von Stalin mit Brachialgewalt durchgesetzt. Massenrepressionen richteten sich 1929/30 gegen die sich der Kollektivierung widersetzenden Großbauern („Kulaken“), 1937 bis 1939 mit der „großen Säuberung“ gegen Stalins Gegner innerhalb der KPdSU-Führung (Wolkogonow 1989, 239ff.).

Die „sozialistische Industrialisierung“ erstreckte sich über die drei Vorkriegsplanjahrhünfte. Sie umfasste alle Industriezweige. Im Mittelpunkt aber stand die Entwicklung der Schwerindustrie – verständlich angesichts der Rolle, die Überlegungen zur Verteidigung des Landes in der Industrialisierungsdebatte gespielt hatten. Die unter dem NÖP aus der zentralen Planung ausgeklammerten Bereiche Landwirtschaft und Kleinindustrie wurden nun in diese Planung einbezogen – eine Planung, in der alle Kennziffern für Produktion und Verteilung in Mengenangaben von oben nach unten durchgegeben wurden. Platz für Eigeninitiative gab es nur noch bei der Überbietung der vorgegebenen Ziele. In der Industrie wurde dafür die Stachanow-Aktivistebewegung initiiert (vgl. Geschichte UdSSR II 1979, 248f.). Eine wesentliche Ursache, warum die Aufrufe, den Betriebsplan zu erfüllen und überzuerfüllen, befolgt wurden, war der während der ersten drei Planjahrhünfte steigende Lebensstandard der Stadtbevölkerung (Geschichte UdSSR II 1979, 250).

Im Sommer 1941, als Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfiel, war das Ziel der sowjetischen Planwirtschaft – Stalin erklärte 1930, in 10 Jahren nachholen zu wollen, wozu Westeuropa 50 Jahre gebraucht hatte (Hildermeier 2007, 36) – noch längst nicht erreicht war; aber dennoch war es nicht viel mehr als einem Jahrzehnt gelungen die Sowjetunion soweit zu industrialisieren, dass die Rotarmisten Hitlers Blitzkriegsstrategie nach wenigen Monaten erstmals im Dezember 1941 vor Moskau und 1943 endgültig in Stalingrad Paroli bieten konnte. Das wurde möglich, weil in den ersten Monaten des Rückzugs der Roten Armee, zwischen Juni und Dezember 1941, eine strategische Meisterleistung vollbracht worden war. So gelang es dem zu Kriegsbeginn geschaffenen „Staatlichen Verteidigungskomitee“ und dem ihm unterstellten „Evakuierungsrat“, 1360 große Betriebe im Westen des Landes zu evakuieren, bevor die deutschen Okkupanten diese Standorte besetzten: 455 davon wurden im Ural wieder aufgebaut, 210 kamen nach Westsibirien und 250 nach Kasachstan und Mittelasien. Die Gesamtzahl der evakuierten Betriebe belief sich im 2. Halbjahr 1941, bis es gelang, den Vormarsch der Wehrmacht im Dezember 1941 vor Moskau zu stoppen, auf 2.539 (Roesler 2014, 142). Das „Staatliche Verteidigungskomitee“, das alle (kriegs)wirtschaftlichen Kompetenzen bündelte, sicherte auch in den folgenden Kriegsjahren die Versorgung der Armee und trug so wesentlich dazu bei, dass die Wende von Stalingrad gelang und die UdSSR in den folgenden dreieinhalb Jahren den Aggressor – im Bündnis mit den USA und Großbritannien – besiegen konnte. Dass der Vormarsch von Moskau und Stalingrad nach Berlin gelang, war sicher das Werk tapferer Rotarmisten. Wesentlich aber war deren Leistung auch dem Ergebnis einer effektiven Organisation der Kriegswirt-

schaft im Hinterland zu danken. Die Sowjetunion hatte dank rascher Industrialisierung und gut organisierter Kriegswirtschaft eine weitere Bewährungsprobe erfolgreich überstanden.

Neue Bewährungsproben im Kalten Krieg (1945-1964)

Die nächste von der Sowjetmacht zu bewältigende Aufgabe musste der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer im Westen des Landes sein. Dass der sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges gegen die vor kurzem noch Verbündeten und unter der atomaren Bedrohung vollziehen würde, war im Frühjahr 1945 noch nicht zu erkennen gewesen. Doch die Auseinandersetzungen zwischen dem sozialistischen Weltsystem, zu dem nun auch die von der Sowjetunion befreiten Länder Osteuropas gehörten, und dem von den USA dirigierten kapitalistischen Weltsystem, ließen nach Kriegsende nicht lange auf sich warten. Die sozialistische Sowjetunion stand erneut vor der Aufgabe, sich gegenüber den kapitalistischen Staaten behaupten zu müssen.

Wirtschaftlichen Wettkampfzielen mit den kapitalistischen Ländern, wie sie Stalin in der Industrialisierungskampagne während der 30er Jahre verkündet hatte, konnte sich die UdSSR allerdings noch nicht wieder stellen. Hauptziel des vierten Fünfjahrplans (1946-1950) war die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den durch Kriegseinwirkungen stark zerstörten „befreiten Gebieten“ im Westen der Sowjetunion und das Wiedererreichen des Vorkriegslebensstandards im ganzen Land (Geschichte UdSSR III 1979, 73ff.). Stalin – nach dem siegreichen Kriegsende nunmehr an der Spitze einer der beiden „Supermächte“ stehend – bereitete die UdSSR durch massive Aufrüstung und Einordnung der osteuropäischen Staaten in den „Warschauer Pakt“ im Systemwettbewerb auf eine militärische Konfrontation vor ebenso wie dies US-Präsident Truman, Chef der Supermacht auf der anderen Seite, das durch die Bildung der NATO und forciertes Wettrüsten tat. Die Vorbereitung der mit militärischen Mitteln geführten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gesellschaftssystemen, die die Sowjetunion bereits während der Interventionskriege 1918/20 mit den Westalliierten und 1941-1945 während des „Großen Vaterländischen Krieges“ mit Hitlerdeutschland bestanden hatte, erhielt im ersten Nachkriegsjahrzehnt ein völlig neues Moment durch die atomare Bedrohung.

Die USA hatten 1945 im Krieg gegen Japan in Hiroshima und Nagasaki demonstriert, dass sie sich im Besitz einer neuartigen furchtbaren Vernichtungswaffe befanden – der Atombombe. Der Sowjetunion blieb keine andere Wahl als auch auf diesem Gebiet militärisch aufzuholen und bis 1949 ebenfalls die Atombombe zu entwickeln und ein Arsenal anzulegen, zumal die USA 1954 eine Strategie „massiver Vergeltungsmaßnahmen“ verkündeten, die besagte, dass dem potentiellen Aggressor sogar ein begrenzter Angriff durch konventionelle Waffen mit Atomwaffen vergolten werden sollte (Hobsbawm 1999, 297). Angesichts dieser Gefahr entschloss sich Nikita Chruschtschow, der 1953 als Chef der KPdSU Stalin gefolgt war, die Systemauseinandersetzung vorrangig in den zivilen Bereich zu verlagern und verkündete den Wettkampf zwischen beiden

Weltsystemen als wirtschaftlichen Wettbewerb unter den Bedingungen der „Politik der friedlichen Koexistenz“ weiter führen zu wollen.

Dieser Schritt bedeutete aber für die Sowjetwirtschaft und die Wirtschaft der osteuropäischen Staaten, ökonomisch zusammengeschlossen im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), erneut eine Bewährungsprobe. Die Wirtschaften der sozialistischen Länder, allen voran die Sowjetwirtschaft, mussten beweisen, dass sie in der Lage waren, gegenüber den kapitalistischen Ländern aufzuholen, um diese letztlich im ökonomischen Wettbewerb zu schlagen. Der auf dem 21. Parteitag der KPdSU verabschiedete Siebenjahrplan (1959-1965) sah dementsprechend vor bis 1965 gegenüber 1958 die Bruttoproduktion der gesamten Industrie auf das 1,8 fache zu steigern, die Energieerzeugung auf sogar das 2,2 fache. Überdurchschnittlich rasch sollten modernste Industriezweige wie Radioelektronik, Gerätebau und die polymere Chemie entwickelt werden. Die im Siebenjahrplan vorgesehenen staatlichen Investitionen im Bereich der Industrie entsprachen vom Umfang her in etwa allen Industrieinvestitionen in den vorangegangenen Jahren der Sowjetmacht. Die Produktion in der Landwirtschaft sollte um 70 Prozent steigen, die Produktion der Leicht- und Lebensmittelindustrie auf das 1,7 fache, das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern um 40 Prozent (Geschichte UdSSR III 1979, 142f.).

So nachvollziehbar Chruschtschows Entscheidung auch war, angesichts der atomaren Bedrohung eine militärische Auseinandersetzung unbedingt zu vermeiden und im Systemwettbewerb ganz auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandardsteigerung zu setzen, so sehr wird man aus heutiger Sicht und Kenntnis der Entwicklung fragen, ob Chruschtschow das künftige Hauptkampffeld auch klug ausgewählt hatte. Dazu ist zu sagen: Die Siebenjahrplanziele waren keine Phantastereien: Zwischen 1950 und 1958 hatte sich die Zahl der neuen Maschinen und Ausrüstungen in der Sowjetunion verdreifacht. Die Energieausstattung der Arbeit in der Industrie war um 75 Prozent gestiegen, verbunden mit einer beträchtlichen Erhöhung ihrer Produktivität. Auf ähnliche Erfolge in der Landwirtschaft konnte die Sowjetunion allerdings nicht zurückblicken (Geschichte UdSSR III 1979, 141f.). Insgesamt war die Wirtschaft des „sozialistischen Lagers“ in den ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnten, wie Eric Hobsbawm schreibt, „beträchtlich schneller als die des Westens“ gewachsen, „so viel schneller, dass ... selbst der britische Premierminister Harold Macmillan ernsthaft davon überzeugt war, dass die sozialistische Produktion die kapitalistische in absehbarer Zeit überholt haben würde“ (Hobsbawm 1999, 471).

Chruschtschows Zuversicht hinsichtlich einer beschleunigten Entwicklung von Volkswirtschaft und Lebensstandard in der UdSSR ergab sich nicht nur aus Trendberechnungen auf der Basis von zu Stalins Zeiten erreichten Erfolgen, sondern auch aus einer Reihe von Initiativen der Regierung, die zu Stalins Zeiten undenkbar waren. Chruschtschow vertrat die Auffassung, dass, um die in den Plänen geforderte Leistungssteigerung zu erreichen, Enthusiasmus und individuelles Engagement gefördert werden müssten. Dazu aber bedurfte es in der Gesellschaft mehr Freiraum. Zu den von ihm in die-

sem Sinne ergriffenen Maßnahmen gehörte *erstens* die auf dem 21. Parteitag 1956 verkündete Entstalinisierung und das damit verbundene Ende der Androhung und Anwendung von Zwangsarbeit in den GULAGs für abweichendes Denken. Das damit eingeleitete „Taufwetter“ hatte zur Folge, so die Einschätzung von Hildermeier, dass es „unter Chruschtschow sicher ein höheres Maß an öffentlicher Meinungsfreiheit gab als zuvor und danach“ (Hildermeier 2007, 76). *Zweitens* wurde im gleichen Jahr eine Dezentralisierung in der Wirtschaftsplanung zugunsten der mit den Bedürfnissen der Bevölkerung besser vertrauten Institutionen, die für die regionale Wirtschaftsleitung verantwortlich waren, vollzogen. Chruschtschow erwartete damit eine größere Einsatzbereitschaft der örtlichen Leitungs- und Arbeitskräfte für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne. *Drittens* versuchte Chruschtschow das Problem einer bis dato unzureichenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch ein Neulandprogramm zu lösen: Die ungenutzten Steppen jenseits der südlichen Wolga bis Kasachstan sollten unter den Pflug genommen werden. Das versprach viel zusätzliches Getreide bei vergleichsweise geringen Investitionen in Maschinen und Dünger (Hildermeier 2007, 70).

Die Ziele für den Systemwettbewerb wurden im Siebenjahrplan generell nicht, im Bereich der Landwirtschaft und auf dem Gebiet des Lebensstandards nicht einmal annähernd erreicht. Die Aufholziele im Systemwettbewerb wurden damit eindeutig verfehlt. Chruschtschow wurde noch vor dem Ende der laufenden Siebenjahrplanperiode, im Oktober 1964, entmacht. Unter ihm hatte die Sowjetherrschaft die ihr von ihrem obersten Chef auferlegte Bewährungsprobe im Systemwettbewerb nicht bestanden, blieb aber weiterhin ein Gegner, den die Gegenmacht USA als ernsthaften Rivalen ansah und mit Respekt behandelte.

Die Breschnew-Ära: Verzicht auf den Systemwettbewerb und Stagnation

Chruschtschows Nachfolge trat eine Doppelspitze an: Leonid Breschnew wurde Generalsekretär der KPdSU, Aleksej Kossygin Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. Letztendlich das Sagen hatte der Generalsekretär. Beide, unter Chruschtschow in Amt und Würden gekommen, beabsichtigten dessen Wirtschaftspolitik weiter zu betreiben, allerdings bescheidener in der Zielsetzung und beim Geben von Versprechungen. In diesem Sinne sind die Kossyginischen Vorschläge zur Vereinfachung der Produktionsplanung und zur Preisreform vom Herbst 1965 zu verstehen, ebenso wie Breschnews Sonderprogramme für die Landwirtschaft und Zulieferindustrie (Hildermeier 2007, 78). Die angestrebten Erfolge bezüglich der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums blieben jedoch von Anbeginn aus.

Eine Austragung des Systemwettbewerbs im militärischen Bereich verbot sich für Breschnew und Kossygin aus den gleichen Gründen, die schon ihren Vorgänger zum Verzicht darauf veranlasst hatte. Chruschtschows Politik der „friedlichen Koexistenz“ setzte die neue sowjetische Führung als „Entspannungspolitik“ fort.

Bei Breschnew verschwand die Zuversicht, die alle Sowjetführer, Lenin, Stalin und auch Chruschtschow² zuvor geteilt hatten, dass es den sozialistischen Ländern in „historisch kürzester Frist“ gelingen würde, die kapitalistischen Industrieländer auf wirtschaftlichem Gebiet, im Produktionsmittel- sowie im Konsumgüterbereich, einzuholen. Dagegen erschöpften sich die Handlungsmaximen unter Breschnew „in einer ausschließlichen Verteidigung der Großmachtstellung der UdSSR“ (Pirker 1995, 371), weshalb dem militärisch-industriellen Komplex gegenüber der zivilen Wirtschaft vorrangig Mittel zugeteilt wurden.

Diese Politik erwies sich als fatal angesichts des nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ steigenden Konsumniveaus in den Hauptländern des Kapitalismus. Über die dortige Entwicklung war die Bevölkerung in der UdSSR und den Ländern Osteuropas in den 70er und 80er Jahren durch neue Kommunikationsmittel besser unterrichtet als in den Jahrzehnten zuvor. Gemessen an den Fortschritten in den Ländern des Westens empfand die Bevölkerung der UdSSR die eigene wirtschaftliche Entwicklung ungeachtet spezieller Konsumgüterprogramme, wie sie Breschnew in den 70er Jahren, bezahlt aus den Einnahmen aus dem Erdöllexport, auflegte, zunehmend als Stillstand. Breschnews Nachfolger Michail Gorbatschow hat die „Breschnew-Ära“ rückblickend so beschrieben: „Die Antriebskraft, der Schwung im Land wurden immer geringer. Ökonomische Misserfolge nahmen zu. Schwierigkeiten häuften und verschlimmerten sich, ungelöste Probleme nahmen überhand ... Eine Art ‚Bremsmechanismus‘ lähmte die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung.“ (Gorbatschow 1987, 19)

Die sowjetische Bevölkerung begann die Zeit der Breschnew-Herrschaft als „Stagnationsperiode“ zu bezeichnen (Hobsbawm 1999, 585). Der sowjetischen Gesellschaft war ganz offensichtlich der Motor abhanden gekommen. Die Sowjetunion unter Breschnew hatte nicht nur anders als unter Stalin und Chruschtschow darauf verzichtet, die Herausforderungen des Systemwettbewerbs auf allen Gebieten anzunehmen. Breschnew war es darüber hinaus nicht gelungen, den Erfolg seiner auf den bloßen Erhalt des sozialistischen Systems beschränkten Zielsetzungen zu gewährleisten. Das zweite Mal hatte die Sowjetunion eine Bewährungsprobe nicht bestanden. Doch noch war unter führenden KPdSU-Kadern das Vermächtnis der Oktoberrevolution, die neue Ordnung in die ganze Welt zu tragen, nicht aufgegeben, auch wenn es zunächst darum gehen musste, die sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion so zu reformieren, dass sie wieder ökonomisch wettbewerbsfähig wurde. Diese Aufgabe übernahm zwei Jahre nach Breschnews Tod Michail Gorbatschow.

Die „Perestroika“ als letzter Versuch im Systemwettbewerb zu bestehen

Wie Breschnew und Kossygin zwei Jahrzehnte zuvor begann Gorbatschow seine Regierungspolitik 1985 mit dem Versuch, auf Grundlage der vorhande-

² Vgl. das Kapitel „Die Verteidigung des sozialistischen Paradieses“ in seinen Erinnerungen: (Chruschtschow, 507-526).

nen politischen und ökonomischen Strukturen mittels Kurskorrektur eine Besserung herbeizuführen. Es ging Gorbatschow zunächst um „Uskorenie“, um Beschleunigung der ablaufenden Prozesse. Der Generalsekretär musste jedoch erkennen, dass der Wille dazu nicht ausreichte. Notwendig waren qualitative Reformen des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Dessen Umbau („Perestroika“) wurde die Losung, unter der Gorbatschow ab 1986 seine Reformpolitik weitaus energischer und umfassender als in den ersten Monaten seiner Amtszeit betrieb. Wie ernst der Generalsekretär der KPdSU diese Aufgabe nahm zeigte sich daran, dass er erstmals seit Breschnews Regierungsantritt wieder versuchte, die Rüstungslast zu mindern, um einen namhaften Teil von den 40 Prozent der Mittel, die unter Breschnew den Militärs zugeflossen waren für den ökonomischen Wettbewerb freizumachen (Hildermeier 2007, 94). Um Investitionen nicht nur zu vermehren, sondern in höherem Maße wirksam werden zu lassen, war Gorbatschow – erstmals seit Lenin mit der NÖP – bereit, Regulierung der Wirtschaft auch über den Markt zuzulassen und der Konkurrenz innerhalb der sowjetischen Wirtschaft einen Platz einzuräumen. In diesem Sinne wurde nach dem 27. Parteitag der KPdSU die „wirtschaftliche Rechnungsführung“, eines der Hauptmerkmale der NÖP, wiederbelebt. Bis Mitte 1987 waren 60 Prozent der Staatsbetriebe darauf umgestellt, für besseres Wirtschaften belohnt zu werden und nicht einfach auf ihre bloße Größe hin Investitionsmittel zu erhalten. Im Dienstleistungssektor und im Kleingewerbe wurden in einer zweiten Etappe der Perestroika wieder Privatunternehmen in Gestalt von „Kooperativen“ zugelassen. Das waren Schritte in eine Mixed Economy. Grund und Boden blieben allerdings von Privatisierungsmaßnahmen ausgeklammert.³ Eine dritte Etappe der Perestroika begann nach der 19. Parteikonferenz im Juni 1988 – die der Demokratisierung: Die Räteidee wurde wiederbelebt. Ein Teil der Mitglieder des Volksdeputiertenkongresses, einer neuen obersten gesetzgebenden Versammlung, sollte frei gewählt werden. Unter der Losung „Glasnost“ (Transparenz) wurde die Zensur faktisch aufgehoben. Über alle Probleme konnte nunmehr öffentlich diskutiert werden (Hildermeier 2007, 95ff.). Gorbatschow erhoffte sich davon neue Initiativen und Ideen aus dem Volke zu der von ihm von Anfang an beabsichtigten Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums.

Doch die Sowjetunion bestand diese Bewährungsprobe nicht. Das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in Gorbatschow war, da die Versorgungsprobleme eher zu als abnahmen, bald dahin (Pirker 371f.). Ab 1990 nutzten die wichtigsten der die Sowjetunion bildenden Republiken die Möglichkeiten der Demokratisierung, um Vorbereitungen zu treffen sich selbständig zu machen. Im Sommer 1991 putschte die Armee gegen Gorbatschow. Dieser Putsch scheiterte zwar, aber der im Juni 1991 für den größten Mitgliedsstaat der Sowjetunion, die Russische Föderation (RSFSR), gewählte Präsident Boris Jelzin entmachtete im Dezember 1991 Gorbatschow. Nach dem Rücktritt Gorbatschows löste sich am

³ Vgl. zu den Wirtschaftsreformen Gorbatschows die umfassende Analyse von Aslund, (Aslund, S. 111-176).

Ende des Jahres 1991 die Sowjetunion auf. Jelzin traf mit den Präsidenten der Ukraine und Weißrusslands Vereinbarungen über einen Ersatz der Sowjetunion durch eine lose „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“. Unter der Herrschaft Jelzins wurde in Russland, parallel zur Entwicklung in anderen früheren Unionsrepubliken, mit einem, „500 Tage-Programm“ im Eiltempo die Planwirtschaft aufgegeben, die Betriebe wurden privatisiert (Hildermeier 2007, 98f, 101f.). In den osteuropäischen Staaten vollzogen sich ab 1989 Entwicklungen, die bezogen auf die Wirtschaftsordnung zu vergleichbaren Ergebnissen führten.⁴ Ein dreiviertel Jahrhundert nach der Oktoberrevolution war ihr Erbe verschleudert, der Systemwettbewerb erst einmal zugunsten des Kapitalismus beendet.⁵

Fehlende Demokratie als Ursache für das Scheitern des Sozialismus im Systemwettbewerb?

„Allein gelassen vom internationalen Proletariat, von Feinden im Innern und von außen wütend bekämpft, mussten die Bolschewiki Antworten auf viele neue Fragen sozialistischer Entwicklung finden.“ (Bollinger 2017, 44) Mit diesem Satz beschreibt Stefan Bollinger treffend die ungeheure Aufgabe, der sich die Bolschewiki 1918 stellten und die von ihnen immer wieder verlangte Bewährungsproben zu bestehen.

Legt man die aufgeführten Bewährungsproben zugrunde – Kriegskommunismus, Lenins NÖP, rasche und umfassende Industrialisierung unter Stalin, Wirtschaftsorganisation im Großen Vaterländischen Krieg, Ein- und Überholkampagne unter Chruschtschow, Breschnews vor allem auf Existenzsicherung beschränkte Politik und Gorbatschows Perestroika – dann sind die ersten vier Bewährungsproben dank der von der kommunistischen Führung getroffenen Maßnahmen – auch nach Einschätzung ihrer Gegner – überraschend gut bestanden worden und haben den Sozialismus in der Sowjetunion nicht nur erhalten, sondern auch festigen können. Von der fünften Bewährungsprobe kann festgestellt werden, dass in ihrem Ergebnis der Realsozialismus in der Sowjetunion nicht unmittelbar gefährdet war, während er in der sechsten Bewährungsprobe vollständig scheiterte. Die Zeit der bestandenen Bewährungsproben umfasste ca. viereinhalb Jahrzehnte, denen zweieinhalb Jahrzehnte folgten, in denen es der sowjetischen Führung nicht gelang, die aufgestauten Probleme soweit abzubauen, dass der Realsozialismus weiter voranschreiten konnte. Seine Entwicklung stagnierte zunächst, bevor er fallengelassen wurde.

Aus den in der heutigen Geschichtsschreibung genannten Geburtsfehlern der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion – hier sei nur noch einmal auf den Makel „Einparteienherrschaft“ und die damit verbundene Unterdrückung alternativer Entwicklungen hingewiesen – lässt sich dieser Ablauf der Bewährungsproben m. E. nicht erklären – spätestens nicht mehr seitdem es Stalin Ende der 20er Jahre gelungen war, seine Alleinherrschaft durchzusetzen und

⁴ Vgl. dazu das Standardwerk. The Transition in Eastern Europe.

⁵ Zu den Aussichten der Wiederaufnahme vgl. Fülberth, S.103-106.

die innerparteiliche Opposition, von ihm als „rechte Opposition“ diffamiert, auszuschalten. Stalins Ziel war es, urteilt der Osteuropahistoriker Manfred Hildermeier in seiner „Geschichte der Sowjetunion“, „über den Kampf auf höchster Ebene hinaus jede Kritik im Lande zu ersticken“ (Hildermeier 2007, 40). Spätestens mit den Schauprozessen von 1937 hatte Stalin sein Ziel dann erreicht. Ungeachtet des Fehlens jeglicher – auch nicht innerparteilicher – Demokratie wurden in der Sowjetunion mit der „sozialistischen Industrialisierung“ die für den Erhalt des Sozialismus historisch notwendigen Entscheidungen getroffen. Die Beseitigung des „Stalinschen Terrors“ und eine nunmehr gegebene Möglichkeit, zumindest für die innerparteilichen Opposition, sich zusammenzufinden und Chruschtschows – wie sich herausstellen sollte – unrealistische Aufholpolitik zu revidieren, hat verhindert, dass er sie mit allen negativen Folgen für ökonomische Effizienz und fürs Volkswohl fortsetzen konnte. Die Existenz einer innerparteilichen Opposition hat aber nicht verhindert, dass Chruschtschows Nachfolger es aufgaben, die Politik der wirtschaftlichen Wettbewerbs fortzusetzen, die langfristig gesehen allein die Existenz der Sowjetunion und des „sozialistischen Weltsystems“ – und die Aussicht auf einen endgültigen Sieg über das kapitalistische System – absichern konnte.

Die Unzufriedenheit mit dem „Zeitalter der Stagnation“, in der „das Regime jeden ernsthaften Versuch eingestellt hatte, etwas gegen den sichtbaren Rückschritt der Wirtschaft (im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Industriestaaten – J. R.) zu unternehmen“ (Hobsbawm 1999, 585) führte 1985 zur Wahl Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär. Der glaubte sich den Herausforderungen eines „blühenden Kapitalismus“ mittels „Perestroika“ und „Glasnost“ wieder stellen zu können.

Mit der schonungslosen Aufdeckung der Mängel der Breschnew-Ära, mit der Wiederbelebung der Rätedemokratie durch Wahlen zum „Volksdeputiertenkongress“, dessen Kandidaten von den Arbeitskollektiven der Betriebe, den gesellschaftlichen Organisationen, aber auch auf Wählerversammlungen der ortsansässigen Bevölkerung nominiert wurden (Altrichter 2009, 139), sollte innerhalb und außerhalb des Partei- und Staatsapparates Unterstützung für Gorbatschow und seine Politik der Wirtschaftsreformen mit dem Ziel der ökonomischen Effizienzsteigerung mobilisiert werden. Die von Gorbatschow mit „Perestroika“ und „Glasnost“ ergriffenen Maßnahmen waren eigentlich – wenn man von den Kriterien der heutigen kritischen Geschichtsschreibung für einen Erfolg sowjetischer sozialistischer Politik ausgeht – wie dazu geschaffen, durch eine Mobilisierung des Sachverstandes und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu erreichen, dass die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft gesunden. Und doch bestand der sowjetische Sozialismus diese Bewährungsprobe nicht. „Die Kluft zwischen der Rhetorik der Wirtschaftsreform und der Realität einer Wirtschaft, die unübersehbar im Abstieg war, begann sich täglich zu weiten“, konstatiert Hobsbawm (Hobsbawm 1999, 595). Die meisten Sowjetbürger beurteilten die Lage im Lande bald nicht mehr nach den Gorbatschowschen Programmen sondern anhand dessen, was mit ihren Realeinkommen geschah, wie das Angebot und Ausmaß an Waren und Dienstleistungen in-

nerhalb ihrer Reichweite aussah und wie leicht an diese heranzukommen war (Hobsbawm 1999, 596). Die Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung kam zu der Ansicht, dass die Gesellschaft, über deren Defekte sie dank Glasnost erstmals in ihrer gesamten Breite und Tiefe erfahren hatte, nicht durch Reformer in der Parteiführung der KPdSU beseitigt werden konnte und ließ es geschehen, dass die kommunistische Partei durch Boris Jelzin zerschlagen wurde, dass mit den „Reformen“ eines Jegor Gaidar unter seiner Herrschaft das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder eingeführt wurde, das durch das „Wirken der Marktgesetze“ eine scheinbar automatische Lösung der Wirtschafts- und Wohlstandsprobleme für Russland versprach (Vgl. Roesler 2001, 9ff.).

Das Resultat der Betrachtung der Entwicklung der Sowjetunion auf der Basis der Analyse der Bewährungsproben, die sie während ihrer Existenz zu durchlaufen hatte, bestätigt also keineswegs die Einschätzung derjenigen Historiker, die das Scheitern des realen Sozialismus in der Sowjetunion (und anderswo in Osteuropa) auf den Verzicht auf Demokratie fast von Anfang an und der Repression gegen Andersdenkende auch in den eigenen Reihen – Stichworte „Einparteienherrschaft“ und „Säuberungen“ – zurückführen. Ein „Untergang auf Raten“, ein Nachlassen der Überlebenskraft, deutlicher erkennbar von Bewährungsprobe zu Bewährungsprobe, wie es sich nach der Auffassung derjenigen ergibt, die das Demokratiedefizit zur Hauptursache des Untergangs der Sowjetunion machen, ist anhand der konkret-historischen Analyse nicht nachweisbar. So paradox es angesichts der dominierenden Historiker-Meinung auch klingen mag: Eher das Gegenteil ist der Fall: Das Ende des für Stalin typischen blutigen Vorgehens gegen Andersdenkende und die zunehmende Meinungsfreiheit unter Chruschtschow haben keineswegs jene zusätzliche Leistungsbereitschaft unter den Sowjetbürgern freigesetzt, mit der der Parteichef rechnete, als er seine ehrgeizigen Ein- und Aufholpläne im Bereich von Produktion und Konsumtion vorstellte.

Entscheidende Voraussetzungen für Loyalität und Engagement blieben in den Augen der Bevölkerung die Verbesserungen im Lebensstandard. Die aber hörten Anfang der 60er Jahre auf, als – nach dem Scheitern von Chruschtschows Neulandkampagne zur Beschleunigung der Agrarproduktion – „Schwierigkeiten bei der Versorgung der Stadtbevölkerung mit Brot, Fleisch und anderen Lebensmitteln entstanden“ (Geschichte UdSSR III 1979, 156).

Ähnliches wiederholte sich unter Gorbatschow. Nie war unter der Sowjetherrschaft die Meinungsfreiheit größer gewesen als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und die Unterdrückung Andersdenkender geringer. „Tatsächlich“, konstatiert Hobsbawm, „befanden sich in den 80er Jahren weniger sowjetische Bürger in den Gefängnissen der Sowjetunion als Amerikaner in den Gefängnissen der USA“.⁶ Ungeachtet dessen gingen die Sowjetbürger nicht für Gorbatschow auf die Straße, als das Militär im August 1990 gegen ihn putschte. Sie

⁶ Pro 100.000 Sowjetbürger waren es 268 Gefängene, im Gegensatz zu 426 Häftlingen in den USA (Hobsbawm 1999, 489).

beurteilten Gorbatschows Regierung nicht nach den ihnen vom Generalsekretär der KPdSU gewährten geistigen Freiheiten und materiellen Versprechungen, sondern anhand dessen, was mit ihrem Realeinkommen geschah, welche Anstrengungen nötig waren, es sich zu verdienen und wie das Angebot an Waren und Dienstleistungen innerhalb ihrer Reichweite aussah und wie leicht man an sie herankommen konnte. Es wiederholte sich unter Gorbatschow der Fall Chruschtschow: Es war der aufgrund der unzureichenden ökonomischen Ergebnisse der Wirtschaftsreformen spürbar sinkende Lebensstandard, der den „Mann auf der Straße“ veranlasste, ganz überwiegend passiv zu bleiben, als die politischen Gegner der Reformen in der Führungsriege der Herrschaft des amtierenden Generalsekretärs ein Ende zu bereiteten.

Blickt man auf die Entwicklung der Sowjetunion über sieben Jahrzehnte zurück, dann muss man – wenn man die unmittelbaren Kriegsjahre ausklammert, in denen es ums nackte Überleben ging – der Auffassung Hobsbawms zustimmen, der zur Geschichte des Kommunismus in der Sowjetunion und Osteuropa Mitte der 90er Jahre folgendes Fazit zog: „Die Massen stimmten dem Kommunismus nicht aus ideologischer oder anders begründeter Überzeugung zu, sondern weil sie von ihm ein besseres Leben erwarteten und ihre eigene Situation mit der von anderen verglichen.“ (Hobsbawm 1999, 613)

Bezieht man diese Erkenntnis des renommierten Historikers – um zum Ausgangspunkt dieses Beitrages zurückzukehren – auf die gegenwärtig dominierende Interpretation der Fehler der Oktoberrevolution, d.h. die Aufgabe demokratischer Strukturen durch die Bolschewiki zwecks Machtgewinnung bzw. -erhaltung – dann muss man sagen, dass diese Interpretation, vor allem in der Ausschließlichkeit, mit der sie vorgetragen wird, nicht den von uns gewonnenen Ergebnissen aus der konkret-historischen Analyse der Entwicklung in der Sowjetunion entspricht. Die deutsche Geschichtsschreibung – einschließlich der linken – sollte sich also bei der Suche nach den Ursachen des Untergangs des Realsozialismus nicht mit der Benennung von Demokratiedefiziten zufrieden geben, sondern nach weiteren Ursachen suchen und dabei bemüht sein, das relative Gewicht der verschiedenen Faktoren herauszufinden. Dem von Hobsbawm genannten und auch vom Autor dieses Beitrags aufgespürten Faktor – der Bedeutung der absolut wie relativ spürbaren Zunahme des Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung, deren solide Grundlage die Steigerung der Wirtschaftskraft im Lande und im Vergleich zu den kapitalistischen Industrieländern ist – sollte dabei m. E. besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Literatur

- Altrichter, Helmut (2009): *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums.* München.
- Aslund, Anders (1989): *Gorbachev's Struggle for Economic Reform.* London.
- Benser, Günter (2017): *Echo der russischen Revolutionen.* In: Z 110 (Juni 2017), 163-165.
- Blanchard, Olivier Jean/Kenneth A. Frott/Jeffrey D. Sachs (Hrsg.) (1994). *The Transition in*

Roesler: 1917-1991 – Bewährungsproben im Kampf um ein sozialistisches Russland 143

Eastern Europe. Volume 1: Country Studies. Chicago/London.

- Bock 2011, Helmut (2005): Die Russische Revolution 1917-1921. Sieg oder Tragödie? Pankower Vorträge Heft 71. Berlin.
- Bollinger, Stefan (2017): Oktoberrevolution – Aufstand gegen den Krieg 1917-1922, Berlin.
- Bollinger, Stefan (2017): Krieg und Revolution. Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922. In: Z 109 (März 2017), 32-44.
- Deppe, Frank (2017): Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution. In: Z 109 (März 2017), 8-31.
- Fülberth, Georg (2010): Sozialismus. Köln.
- Geschichte der UdSSR drei Teilen. Teil 2 (1978): Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Großen Vaterländischen Krieg. Köln.
- Geschichte der UdSSR in drei Teilen. Teil 3 (1979): Vom Anfang des Großen Vaterländischen Krieges bis zur Gegenwart. Köln.
- Gorbatschow, Michail (1987): Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München/Wien.
- Gräfe Karl-Heinz (2011): Kriegskommunismus und Alternativen 1921. Demokratie in der Partei und im Staat Sowjetrusslands. In: Das Menetekel: Kronstadt 1921. Pankower Vorträge 161. (21-41). Berlin.
- Hedeler, Wladislaw (2017): Oktoberrevolution – periphere Revolution? Leitrevolution? In: Z 110 (Juni 2017), 93-104.
- Hildermeier, Manfred (2007): Die Sowjetunion 1917-1991. München.
- Hildermeier, Manfred (2017): Die russische Revolution und ihre Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 34-36 (9-14). Bonn.
- Hobsbawm, Eric (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien.
- Pirker, Theo (1995): Kommunistische Herrschaft und Despotismus: In: Theo Pirker u.a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Opladen.
- Roesler, Jörg (2001): Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen, in: Osteuropa. In: Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Bd. 3(2). (9-36). Leipzig.
- Roesler, Jörg (2014): Kurzfristige und langandauernde Wirkungen der Kriegswirtschaft in der UdSSR und den USA während des Zweiten Weltkrieges. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Universität Bd. 121. Berlin.
- Talbot, Strobe (Hrsg.) (1971): Chruschtschow erinnert sich. Reinbek bei Hamburg.
- Wolkogonow, Dimitri (1989): Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Düsseldorf.